

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pl., monatlich 22 Pl., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezugs- Ercheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern

Leipzig, den 18. November 1919

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pl., die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenanzeigen 60 Pl., die Zeile. Rabatt wird nicht ermäßigt.

Nr. 134

Der in Nr. 131 angekündigte Ausfall der Nummer vom 20. November wird hierdurch widerrufen wegen des inzwischen eingetretenen außerordentlich großen Stoffanwachses. Am Donnerstag, 20. November, erscheint also trotz des Allgemeinen Vorgesages der „Korr.“. Dafür wird zwischen Weihnachten und Neujahr eine Nummer ausfallen.

### Gegenwartsaufgaben, die auch zur Lösung drängen

III.

Damit wären wir bei der wichtigsten Frage überhaupt angekommen. Der Einfluss auf die

#### Preisbildung

wird der Mittelpunkt der Kämpfe der nächsten Jahre werden. Ersehen bisher der Kampf um die Betriebskontrolle als ein Kampf um das Recht mit sich anschließenden Nützlichkeitsseffekten, so kommen wir nun zur Erkenntnis, daß es ein unausweichlicher Kampf um soziale Lebensnotwendigkeiten ist. Ist das Kontrollrecht Voraussetzung für die Einflußnahme auf die Preisbildung, so ist diese wiederum Voraussetzung für die soziale Umgestaltung. Die Gegenwart hämmert es in unsrer Hirne: der Kampf um die Lohnhöhe ist Sinnlosarbeit! Kaum in den Genuss einer Erhöhung getreten, stehen wir vor der Falle, daß unsre Lebenshaltung sich nicht verbessert, sondern verschlechtert hat. Mit Mühe und Not haben wir den Stein bergan gebracht. Ihn oben zu halten, vermögen wir nicht. Die Lohnerhöhung vom 1. Oktober verflüchtigt sich mehr und mehr, schon ist der Stein ins Rollen gekommen. Wir werden ihn nicht aufhalten können, und einige Wochen weiter wird er unten liegen. Der Selbsterhaltungstrieb wird uns zwingen, ihn wieder bergan zu wälzen, für eine neue Lohnerhöhung zu kämpfen, und er wird uns in immer kürzeren Abständen zwingen, diese Sinnlosarbeit zu leisten, bis es uns endlich gelingt, den Stein oben zu halten. Das heißt, bis es uns gelingt, die Kraft, die den Stein nach unten zieht, aufzuheben und unwirksam zu machen.

Diese Kraft ist die mit jeder Lohnerhöhung abnehmende Kaufkraft des Geldes. Was nützen mir 150 Mk. Wochenlohn, wenn ich mir damit nicht die Verbrauchsmittel erwerben kann, die ich früher für 40 Mk. bekam? Der Kampf um die Lohnhöhe muß deshalb durch den Kampf um die Kaufkraft des Geldes ergänzt und erweitert werden! Es sind selbstverständlich mannigfache Faktoren, die dabei mitwirken und die zum Teil außerhalb des Wirkungsbereiches der Gewerkschaftsarbeit liegen und deshalb hier nicht eingehend behandelt werden können. Der Hauptfaktor aber liegt innerhalb dieses Kreises und kann von uns erfaßt werden.

Das ist der steigende Kapitalprofi. Bisher haben unsre Lohnbewegungen den Kapitalprofi nicht berührt, ihn wenigstens nicht verringert. Im Gegenteil, er ist gestiegen. Der Aufschlag auf die Löhne ist von dem Unternehmer auf das gesamte Arbeitsprodukt geschlagen worden, auch auf diejenige Summe, die aus dem alten Inventar (Maschinen usw.) dem Arbeitsprodukt zugeführt wurde. Darüber hinaus haben sie sogar noch Extraprofi für sich herauszuschlagen verstanden. In der Vorkriegszeit hat die stetig steigende Produktivität der Arbeit einen Ausgleich geschaffen, daß selbst bei relativ fallender Anteilsquote am Arbeitsprodukt, also steigende Profirate des Unternehmers, eine absolute Steigerung des Lohnes und der Lebenshaltung für den Arbeiter eintreten konnte. Die heutige Wirtschaftslage läßt die Vorteile der bisherigen Wirtschaft nicht zur Geltung kommen, entbietet dagegen die Nachteile bis zur völligen Mähe. Der Stillstand durch Beispiele bin ich wohl überboten. Ein jeder läßt an sich die graulame Härte des gegenwärtigen Zustandes. Dem geldverprossenden Besitz steht der Arbeiter mit seinem Mangel selbst der unentbehrlichsten Verbrauchsmittel gegenüber. Welcher Familienvater ist denn noch imstande, neben der Befriedigung des Nahrungsmittelbedarfes die so bitter notwendige Erneuerung der Bekleidung usw. zu bestreiten? Verelendung und Verklumpung der Arbeiterschaft gehen deshalb mit Riesenschritten vorwärts und tragen in sich den Keim, der aus der Verelendung zum Zusammenbruch führt.

Der reine Selbsterhaltungstrieb zwingt uns deshalb, eine der Hauptquellen zu verstopfen, einen gerechten Ausgleich zwischen Lohn und Profit herbeizuführen. Das die Betriebskontrolle mit anschließendem Einfluss auf die Preisbildung der einzige Weg ist, dürfte für denjenigen, der die Sozialisierung der Gesamtwirtschaft noch nicht für möglich hält, ohne Zweifel sein.

Nur aus der Kenntnis sämtlicher Betriebsergebnisse kann ein wesentlicher Einfluss auf die Preisbildung gewonnen werden. Die Kontrolleure hätten deshalb das ihnen vorgelegte Material nicht nur zu prüfen und dem Betriebsrat zugänglich zu machen, sie hätten es insbesondere für die Tarifgemeinschaftsorgane stattdessen zu verarbeiten. Auf Grund dieser Ergebnisse hätte dann die Preisfestsetzung zu erfolgen, und zwar unter Berücksichtigung derjenigen Forderungen, die die Arbeiter zu stellen durch die Verhältnisse gezwungen sind. Auf Einzelheiten hier einzugehen, ist selbstverständlich unmöglich und muß Spezialuntersuchungen überlassen bleiben. Hier können nur die allgemeinen Richtlinien aufgezeigt und festgehalten werden. Das zeigt sich namentlich, wenn wir die weiteren Einwirkungen dieser Preisbildung verfolgen.

Wir kommen da zu dem notwendigsten Ergebnisse, daß die lokal-gewerbliche Regelung sehr nützlich, aber doch nur erste Etappe sein kann. Das eigentliche Ziel: die Erhöhung der Kaufkraft, erfordert die gleichartige Lösung für die gesamte Wirtschaft, und zwar für den Handel noch mehr wie für die Fabrikation. Diese allgemeine Regelung ist um so notwendiger, als sie die Voraussetzung der eigentlichen Planwirtschaft ist. So wesentlich der Einfluss auf die Preisbildung auch ist, er trifft doch nur eine Quelle des Geldes. Wir werden also weiter denken müssen und in konsequenter Folge dem Unternehmer die ausschließliche Gewalt über die Produktion selbst aus der Hand zu nehmen haben.

Bisher war lediglich das materielle Interesse des Unternehmers maßgebend für Einschränkung oder Erweiterung der Produktion. Dieser Zustand war um deswillen weniger schädlich, weil bei geregelter Wirtschaft mit großen Lagerbeständen das materielle Interesse des Unternehmers mit dem Allgemeininteresse nicht so scharf kontrastierte wie heute. Heute wirkt dagegen die Freiheit des Unternehmers geradezu verheerend. Die Fertigung von Luxusartikeln für den Inlandsbedarf, die Einfuhr von entbehrlichen Genussmitteln bedeuten nichts anderes als einen Raubbau an unsrer Wirtschaft. Es wäre nun sehr interessant, hier zahlenmäßig nachzuweisen, daß, wenn wir den Arbeitern der Luxusindustrie für Inlandsbedarf als Arbeitslosenunterstützung den vollen Lohn zahlen, die Allgemeinheit lo noch einen Vorteil hätte. Doch würde diese eingehende Betrachtung weit über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen. Das muß Spezialuntersuchungen vorbehalten bleiben. Ebenso, wie weit hier das gewerkschaftliche Tätigkeitsgebiet reicht. Vieles geht hier mit dem politischen zum Teil parallel, zum Teil läuft es ineinander. Insofern erkläre ich der bereits angeführte Satz, daß wir hier nur die in den Rahmen der gewerkschaftlichen Tätigkeit fallenden Gebiete behandeln können, noch außerdem eine Einschränkung, als wir auch die übrigen parallel laufenden politischen Bestrebungen aufmerksam beobachten und in Rechnung stellen müssen.

Dazu gehört der Kampf gegen das arbeitslose Einkommen. Als Parallelen am Volkshörper bilden der Zins, die Dividende, die Bodenrente das dritte große Übel, an dem wir krank sind. Wenn wir diesem Übel gewerkschaftlich auch nicht direkt entgegenarbeiten können, so können wir doch seine Volksfeindlichkeit aufzeln und den politischen Vertretern der Arbeiterklasse wertvolle Hilfe leisten.

IV.

Zum Schluß kommt die Hauptfrage: Auf welchem Weg und mit welchen Mitteln sehen wir die von uns als notwendig bezeichneten Forderungen durch? Soweit es sich um die Betriebskontrolle und den Einfluss auf die Preisbildung handelt, können wir bei der nächsten Tarifberatung vorgehen. Selbstverständliche Voraussetzungen ist dabei, daß inwäsenden das graphische Kartell in Wirtschaft getreten ist, weil neben uns Buchdruckern auch die andern graphischen Verbände das gleiche Interesse an der Frage haben.

Die allgemeine Bedeutung dieser Frage ist aber so groß, daß wir neben der Regelung für unser Gewerbe zugleich auch die allgemeine Lösung erstreben müssen. Zu diesem Zweck muß von unsrer Seite die Anregung zu einem außerordentlichen Gewerkschaftskongress ausgehen, der sich damit zu befassen hätte. Wenn dem entgegengefallen wird, daß der Gewerkschaftskongress in Nürnberg erst kürzlich tagte und Direktiven gegeben hat, so dürfen wir nicht außer acht lassen, daß die Zeit heute mit Siebenmeilenstiefeln geht. Was gestern revolutionär erschien, ist morgen reaktionär. Die Monate gähnen da für Jahre. Wer nicht unter den Schlitzen kommen will, muß mithalten.

Wenn wir also unsre Gewerkschaften als Träger der Arbeiterbewegung erhalten wollen, müssen wir auch mit ihnen dem Zuge der Zeit folgen und sie den Bedingungen des Gegenwärtigen anpassen. Die erste Voraussetzung dafür aber ist die rechtzeitige Erkenntnis vom Wesen und Inhalte dieses Kampfes. Die vom Nürnberger Kongress vertretene Arbeitsgemeinschaft ist heute ein Geschäft ohne Inhalt!

Wir stehen nicht vor einer Periode gemeinsamer Arbeit mit dem Unternehmertum, sondern bestiger Kämpfe mit diesem. Man mag das bedauern, zu ändern vermag man es nicht. Not und Elend zwingen uns diesen Kampf auf. Auf der andern Seite können die Unternehmer ihrem ganzen Wesen nach freiwillig nicht nachgeben.

Der Lohnkampf kann durch Verständigung beigelegt werden, das beweist unsre Tarifgemeinschaft. Der Kampf um die Betriebskontrolle, um die Profirate, um die Produktionsregelung bleibt und um das arbeitslose Einkommen aber wird zum Kampf auf Leben und Tod.

Die Gewerkschaften müssen dazu Stellung nehmen. Diese Stellungnahme ist um so dringender, weil das Betriebsstrategie, das die ganze Materie geistlich regeln soll, eher ein Hemmschub, denn eine Förderung zu werden droht.

Charlottenburg.

Ed. Leuchter.

### Buchdrucker! An die Arbeit!

Wenn wir Gehilfen mit unsern Angehörigen weniger als Menschen unter Menschen leben wollen, wenn wir nicht in das Lumpenproletariat verfallen, nicht vollends im Elend umkommen wollen, muß die Feuerangewandte ab 1. November 1919 in allen Orien für alle Gehilfen in gleicher Weise erbötlich werden.

(Angenommener Antrag in der Mitgliederversammlung des Bundes Leipzig am Freitag, dem 7. November 1919, an das Kartell der Deutschen Buchdrucker in Berlin.)

Das war nur ein Vorspiel. Das eigentliche Theaterstück lautete: „Schaffung eines graphischen Industrieverbandes auf der Grundlage des Rätebundes“. Vorgelesen vom Kollegen Paul Böllcher, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“. Nachdem dieser die gleiche Walze in verschiedenen Ortsvereinen der U. S. P. abgedreht hat (zum Einleiten in Ermanglung von Sekt, die zwar reichlich vorhanden, aber verflucht teuer ist, weil alles teuer ist; ralfert werden dann die Eingeladenen vom Meister Dr. Kurt Geyer) und nachher die einzelnen Gewerkschaften damit beglückte, hielt er es an der Zeit, seine eignen Kollegen hinzuzulügen.

Zuerst die Aufmachung: Eine volle Buchdruckerversammlung im Volkshausaal. (Bei der Berichterstattung über den Gewerkschaftskongress in einer früheren Versammlung „Ist man viele, die nicht da waren“) Von der Mitte des Saales aus gelebten die Bühne, auf der der Bauvorstand wie üblich Platz genommen hatte, links davor das Rednerpult, an dem das Räte-, Räte- oder Rätebündel in Staruffelform nach Art der Neurruppiner Bilderbogen als Plakat oder besser gesagt Emblem befestigt war. Vor der ganzen Bühne ein Reparaturgerüst, das den Eindruck machte, als wenn ein Seiltänzer seine Kunst zeigen wollte. Auf den Tischen lag die Erklärung des Rezipitators als Akter, auf den die Mehrzahl der Erschienenen tatsächlich hineingefallen ist.

Pünktlich wird die Versammlung vom Kollegen Engelbrecht eröffnet. Nachdem die letzten Ehren dem an keinen Verdunungen geforderten Abgeordneten Haase erwiesen und der oben abgedruckte Antrag mit einem zweiten gleicher Art als einziger geschäftlicher Tagesordnungspunkt erledigt war, begann der kommunistisch-industriell-kapitalistische internationale Nationalökonom seine Karussellfahrt: Ausgehend vom Erfurter Programm — eine Vergebung vor Kaufkraft, um sich den Aufwind eines Sozialisten zu geben —, kletterte er an den Räten wie Drähen, nachdem er sich einen Mehlplatz, genannt mitteldeutscher Wirtschaftsbegriff, mit allem Komfort eines Kinderzimmers geschaffen, gewandt bis zum Reichsgruppenrat hinauf, erklärte der Anwesenden die Papierindustrie als besondere Industriegruppe in der deutschen Volkswirtschaft, in der er jedenfalls sich schon als Schalttafelwärtler im obersten gelegenden Rat sah, unter fortwährendem Sänderreiben, wahrlich einmal um die nötige Chloroformierung zu erreichen. Verliert schauten die Zuhörer der Karussellfahrt zu. Aber wie sah, wie banal, als der Vortragende erklärte, daß dieser Zustand nicht gleich, aber nach und nach in — — — Jahren zu erreichen wäre.

Pause. Nachdem ein Antrag auf Wahl eines Ausschusses eingebracht, der dieses Rätebild „Industrieverband“ verkörpert einrahmen oder besser gefasst, unter Glas bringen soll, damit die Masse einen neuen glänzenden Leuchter habe, ging die Fahrt der Verehrer dieses Wechselbolges los. Da der Schreiber dieser Zeilen durchaus kein Stillerer oder einer schönen Fahrt auf einem wirklichen Karussell ist, vermahnte er es doch, sich auf ein angelegliches zu schwängen. Er freute sich vielmehr in der Nähe über den — Vortragenden, daß er sich so verleinert habe in seinem „Räterat“. Vor vier Monaten noch vertrat nämlich Böttcher zur Rätefrage den Standpunkt: „Sollen wir uns vor der Inpassung! Wir müssen den alten Staat verschlagen!“ In der Diskussion vertrat ich sodann die Ansicht: Das Rätebild ist ein Verlegenheitsprodukt; in seiner abstrakten Form angewendet, bricht es in sich selbst zusammen. Wir haben das alles in andern Worten; nur arbeiten, arbeiten müssen wir, wenn wir Sozialisten wollen. Wir haben Landwirtschaftskammern, Handelskammern, Gewerkekammern, Handwerkerkammern — nur arbeiten! Wir haben eine sozialistische Regierung! (Widerspruch.) Wenn eine Einigung der Arbeiterklasse auf Grund des Rätebilds möglich ist, melnetwegen. Aber die Signatur des Tages ist: Man schimpft auf den Schleierhandel und schleichtbandel mit, schimpft auf die Schleier und schleicht mit, man gibt sich ein Programm und — handelt nicht danach. Wenn es die Verarmung durchaus unter diesem Wechselbolge annimmt, dann nur zu, ich lebe es ab, ich bin nur für das, was ich in die Praxis umsetzen läßt. (Allgemeine Enttäuschung. Ruf: „Du bist wohl gekauft?“ „Du hast aber umgelernt!“ „Immer noch der alte!“)

Nach mehrere Redner schwangen sich nach mir mullauf das „Rätebild“ und suchten zu retten, was zu retten war. Eine Resolution von zwei bekannten Kollegen, zusammengefasst mit einer neuen Lohnforderung, ließ ein. Alles umsonst. Nachdem ein einziger wieder seine Leiter gegen den „Storr.“ in Funktion gesetzt, ein Schlusspantrag abgelehnt, welter gesprochen, ein zweiter Schlusspantrag angenommen worden war, erhielt der Sozialist Böttcher das Wort, um die Schlusspanne als — Sonnunst zu halten. Mich nannte er natv, meine vorgenannten Kammern — kapitalistische Einrichtungen; ich hätte keine Kenntnis von Sozialismus und sollte eine Partei für mich bilden. Nachdem er sich noch gegen die in der Diskussion gemachten Einwendungen gewandt, was anlässlich von seinen Gegnern nicht geglaubt wurde, schimpfte er: „Widerbogensozialisten!“ Die Erklärung wurde geschickt. Der Ausschub gewählt. Schluss!

„Widerbogensozialisten!“ Spottel seiner selbst und wohl nicht viele. Kollege Böttcher! Sie waren der erste, der mit dem Widerbogen sich selbst als Sozialist in die Organisations der Buchdrucker des Gaus Leipzig einführte, hoffentlich nicht, um Ihre eigene Organisation zu verschlagen“ in des Wortes verzerrender Bedeutung, sondern in — Jahren langam „zu zermürben“. Sehen Sie sich vor, ay den Buchdrucker können Sie sich sonst selbst zermürben! Ich bin von Dorf, habe deshalb die dumme Angewohnheit, einem beim Reden auf die Füße zu sehen, nicht auf das Maul. Ins gute Deutsch überleht: Ich überzeuge mich allmählich, ob das, was man mit dem Mause vertritt, auch in der Praxis eingehalten wird. Kollege Böttcher! Sie haben das Zeug dazu, Ihre Räterolle bis in die verschiedensten Schichten abzuspielden. Sie können sich anpassen, trotzdem Sie vor vier Monaten in öffentlicher Wahlversammlung sagten: „Sollen wir uns vor der Inpassung!“

In meine Kollegen aber wende ich mich in einer andern Sache, in der Hauptsache. Wenn wir auf der Verbandsgeneralsammlung unserer Verbandsgebäude untersuchen, was überflüssig ist — streichen, was notwendig ist — hinabzubauen, so wollen wir das vorsichtig und richtig tun. Nicht uns die Sinne umnebeln lassen von einem großen Industrieverbande, von einem Stolz. Das sind Nachbildungen des Krieges; Beispiel, wie es nicht gemacht werden soll. Der große Militärkoloss Deutschland, der dachte, er brauchte nur sich in Bewegung zu setzen, um seine Gegner in die Mauern seiner Festen zu setzen, sah sein „Mene tekel upharsin“ („Gewogen, zu leicht!“) schon sechs Wochen nach der Mobilmachung an der Marne. Statt Schluss zu machen, indem man einlad, daß man eine Dummheit gemacht hatte, wurselte man weiter, machte keine Dummheiten, sondern häßliche Verbrechen auf Verbrechen. Jetzt haben wir das Scherbengericht. Keiner will es gewesen sein. Ich sage, jeder hat seinen Teil Schuld daran. Aus dem erbärmlichen Arge, der mit dem Zusammenbruch endete, aus dem „Schlabbada“, können wir viel lernen. Wir haben das freieste Wahlrecht, aber auch das Wählen will gelernt sein. Wir haben den Achtstundentag, den wir behalten wollen, nicht — um zwei Schichten arbeiten zu können des Geldes wegen, nein, sondern um uns auf die Höhe der Kultur zu bringen, aus dem Schlamme heraus, den das „Stahlbad“ hinterlassen hat; kurz: als Menschen unter Menschen, als Deutsche wiederleben. Im aber das zu können, brauchen wir: Betriebsrätegesetz, Gewerkschaftenversicherung, keine Arbeitspflicht, sondern das Recht auf Arbeit, müssen in die Handels-, Handwerker-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern Vertreter der Arbeiter hinein. Nicht bloß im Gelehe verankert, nein, auch wirklich durch- und eingelöst nach freiem Wahlrecht, wie zu allen jetzt bestehenden öffentlichen Einrichtungen. Hüten wir uns aber vor überflüssigem Ballast, vor Betriebsverleinerung, vor Überorganisations! Der Sozialismus, wie wir Gewerkschaftler ihn verstanden haben, hat keinen Schiffsbruch erlitten. Nur der Sozialismus nach dem Motto: „Wie werde ich am schnellsten reich?“ ist schiffbrüchig geworden. Der Feind steht nicht nur rechts, links, vor uns, hinter uns; er steht unter,

zwischen uns: Der Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen. Den gilt es zu befehlen, um das oben von mir Angeführte zu erreichen. Uns Werk! Stillegen, jeder an seinen Platz! Es gilt eine Welt zu erobern — oder im Schlamme zu versinken. Wählen wir das erstere. Auf! Der Sonne entgegen!

In den Leipziger Gauvorstand aber richtete ich die Anforderung: Urabstimmung über die in der Missalliederverammlung vom 7. November 1919 angenommene Erklärung des Kollegen Böttcher! Hierüber hat die ganze Leipziger Missalliederschaft zu entscheiden! Die Minderheit hat nur dann Bestand, Gültigkeit, wenn sie von der Mehrheit getragen wird. Der Weg frei — zur Arbeit!

Leipzig, am 9. November 1919.  
Karl Paul Hauschild.

## Mangelnde Objektivität bei Buchdruckern

In Leipzig haben in kurzer Aufeinanderfolge zwei aufbeschichte Buchdruckerberatungen stattgefunden, die sich mit dem Sozialisierungsproblem von Schaeffer einerseits und mit der Gründung eines Graphischen Industrieverbandes auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes andererseits befassen. In beiden Versammlungen war die Meinung der Kollegen eine geteilte, ging in verschiedenen Punkten auseinander.

Man sollte nun meinen, daß jeder Kollege, der ein derartig wichtiges und zeitgemäßes Thema anhört, sich auch am Schlusse dieser Ausführungen den Extrak heraus-schält und ein eigenes, selbständiges Urteil bildet. Aber weit gefehlt. Die meisten Kollegen geben schon mit einem gewissen Vorurteil in die Versammlungen hinein, sie haben zu dem jeweiligen Referenten nicht das nötige Zutrauen oder gar bis zu einem bestimmten Grade eine Antipathie gegen denselben. Dazu kommt vielfach noch als maßgebender Faktor die politische Weltanschauung des Vortragenden, und damit bin ich bei dem eigentlichen Kernpunkte des zu Sagenden.

Hier in Leipzig, im politischen Zentrum, hat man nämlich Gelegenheits, im Verlaufe der Diskussion Redner der verschiedensten politischen Anschauungen zu hören sowie ihre Stellungnahme zu dem Thema des Referenten. Statt ruhig und aufmerksam den einzelnen Rednern zuzuhören und sachlich ihren Gedankengängen zu folgen, macht ein großer Teil der Versammlungsbesucher durch fortwährende Zwischenrufe seinem Herzen Luft. Kolonnen, wie „Blot“, „Demagog“, „Schauspieler“, „Kombiblant“, „Rump“, „Schuft“ und „Arbeiterverräter“ sowie mitschreiende Schlussrufe sind nichts Außergewöhnliches in unseren Versammlungen und drücken dieselben auf ein äußerst niedriges Niveau herab.

Hier tritt der sogenannte Parteilanatismus so recht in die Erscheinung. Eine andre Meinung als die eigene können viele Kollegen gar nicht mehr vertragen. Sobald ein Redner von Rednerpult aus seinen Standpunkt präsiliert, ist es oft unaussprechlich, daß er mit einem größeren oder kleineren Teile der Versammlung kollidiert und in Widerspruch gerät. Dann heißt es aber, Ruhe und Besonnenheit bewahren, ausreden lassen. Es bleibt mir ein psychologisches Rätsel, daß so viele Buchdrucker als getraut auf der Höhe stehende Arbeiterkategorie in puncto Objektivität sehr viel zu wünschen übrig lassen. Wenn jemand mit dem Redner nicht konform geht, so heißt es ihm doch frei, sich selbst zum Worte zu melden und seine persönliche Überzeugung ebenfalls zum Ausdruck zu bringen.

In unserer letzten Versammlung (7. November) sprach der Kollege Böttcher über den graphischen Industrieverband. Seine Ausführungen waren bis auf das Schlusswort, bei dem er allerdings stark aus der Rolle fiel, sehr sachlich und rein wirtschaftlicher Natur, was ja auch von fast allen Diskussionsrednern beifällig werden konnte. Nur ein paar Redner erlaubten sich eine Ausnahme zu machen, indem sie veruchten, dem Referat einen politischen Anstrich zu geben. Mancher möchte ja am liebsten alles verwerfen, was von links kommt. Nach meiner Auffassung schaltet die Politik hier völlig aus. Ob eine Idee, ein Antrag oder Entwurf von rechts oder links kommt, spielt für mich eine untergeordnete Rolle; die Hauptsache ist und bleibt, ob wir in unserer Gesamtheit einen Schaden oder aber einen Vorteil davon haben. Man sollte sich ruhig und sachlich über eventuelle strittige Punkte ausdrücken und bei alledem nicht leidenschaftlich werden. Kollege Helmholz führte sehr treffend aus, daß man nicht immer alles zu unterstreichen braucht, was man liest und hört, aber man sollte sich in würdevoll, kollegialer Weise entgegenstellen, ohne die Leidenschaftlichkeiten aufzuspeichern und den Parteilanatismus in den Vordergrund zu stellen.

Eine gesunde Opposition kann bis zu einem gewissen Grade niemals schädlich sein; sie führt der Organisation seltsames Blut zu und gibt ihr Kraft zu neuem Handeln. Gerade jetzt, in unserer sturmbelegten Zeit, muß jeder Kollege seinen klaren Kopf behalten und getraut mitarbeiten an den schwierigen Problemen, die zu lösen unsrer Generation vorbehalten ist.

Darum, Kollegen, bewahrt mehr Objektivität bei eurem Handeln, streift ab den Parteilanatismus und verachtet durch Besonnenheit und Überlegung alle Tagesfragen gerecht zu beurteilen!

Leipzig, 11. Capelle.

## An die Nürnberger!

Es sei mir als „Provinzler“ gestattet, zum Antritt der Nürnberger Vorstandswahl beitr. Teilung des Gaus Bayern in Nr. 124 des „Storr.“ das Wort zu nehmen. Im voraus hoffen auch wir in der Provinz, daß Persönliches und auch Drilliches nicht den Anstoß zur Nürnberger Anregung gab. Es ist und wird einmütig, daß angelehnt des im nächsten Jahre stattfindenden Gaus die Sache auf das Papier kommt und Klarheit geschaffen wird. Daß aber Nürnberg zu einem Zeitpunkt, da man endlich auch in Bayern einmal darangeht, Bezirksvereine ins Leben zu rufen (die letzte Karlsruherausstellung wird gezeigt haben, daß ein Paroll geboten werden muß), mit dem Anhalten der Gausstellung kommt, will mir nicht ganz einleuchten.

Sich will mich kurz fassen und den bayerischen Kollegen folgendes zu überlegen geben: Wenn Kollege Beschmidt behauptet, für Bayern käme eine Bezirkseinteilung nicht in Frage, so steht das im Widerspruch mit einer Auslassung unfres Gauvorsetzers, der erklärte, daß auf dem nächsten Gaus die Frage der Bezirkseinteilung geregelt werden wird. Kommt die Bezirkseinteilung, womit wir im südöstlichen Winkel Bayerns bereits den Anfang gemacht haben, so können die Bezirke bei entsprechendem Agitationsausfusse durch den Gau die Propaganda selbst in die Hand nehmen und auch die farblichen Angelegenheiten, soweit zuständig, regeln. Eine Gausstellung wäre dann überflüssig, ebenso überflüssig ist aber eine geplante Bezirkseinteilung, wenn der Gau geteilt wird. Da dann doch die Arbeit der Gausleiter vermindert ist, so könnte der Gauvorstand selbst die Regelung einzelner dringender farblicher Angelegenheiten in die Hand nehmen und damit zugleich die Agitation verbinden. Haben wir also nur einen kleinen Gau, der jedenfalls höhere Beiträge erfordert wird als der jetzige, dann wird das Interesse an den Bezirksvereinen in Frage gestellt. Die Folge davon aber ist wieder, daß die Provinzkollegen die recht mäßige errungene Fühlung untereinander wieder verlieren würden. Oder aber, es wird der Gauvorstand entlastet, daß er sich auch der Provinz mehr widmen kann, wann und wo es noht. Auch hier, wie im Fall einer Gausstellung, werden die finanziellen Erfordernisse höher sein.

Ich glaube, daß die Provinz die Bezirkseinteilung, um die wir lange vergeblich uns bemüht, sich nicht mehr nehmen lassen darf. Die nordbayerischen Druckorte haben, wenn auch der Gau geteilt ist, noch nicht die Gewähr, ob Nürnberg dann nicht die gleiche Rolle spielen wird, wie sie Kollege Beschmidt vom Münchner Vorort zur Zeit behauptet. Meine Ansicht ist, daß, wenn die Provinz ihre Reihen enger schließt, die Agitation von Mann zu Mann genau so wirksam ist wie bei einer Gauszerlegung. Damit wir den Gauvorstand auch heraus ausflern leben und selbiger wichtige farbliche Angelegenheiten regeln kann, sollte der Gaus größere Mittel als bisher zur Verfügung stellen.

Zum Schlusse meiner Argumente noch folgende Parole: Auf, ihr „Provinzler“, schließt euch zusammen in Bezirksvereinen und laßt euch nicht betören! Daß den Jungen bayerischen Bezirksvereinen weitere folgen zum Nutzen der Kollegialität und des Fortkommens! Neubsting. Toni Nlebermaner.

## Versteuerung der Steuerungs- zulagen

Kriegs- und Revolutionsgewinnler haben ihr Konto abgeschlossen. Der Arbeiter bezahlt die Zechen und muß Fronddienste dafür leisten. Natürlich soll er an allem Schuld sein. Jedoch vergibt man, daß ein aufgekürter Arbeiter sich heute keine Hebrasen vorgaukeln läßt.

Unsre Gewerkschaftsleiter, die sich doch sonst als Demokraten ausgeben, sollten endlich sich mehr Geltung verschaffen. Was ist heute nur durch Taten und Beweise zu erreichen. Was tun sie für ihre Anhänger? Immer und immer wieder wird gepredigt, daß Arbeit allein selig macht. Etwas andres bleibt uns Arbeitern doch sowieso nicht übrig! Aber an Sachen, die schon längst den Arbeiter mit größter Bitterkeit erfüllen, wird nicht gedacht. Abgegeben vom Rentens- und Versicherungswesen, habe ich heute die ungerechte Versteuerung im Auge. Als Arbeiter zweiter Klasse fühle ich mich, wenn ich 200 Mk. Steuern mehr jährlich bezahlen muß als die Beamten. Wie ist dieses zu verstehen? Auf Grund meiner Grundbindung wurde mir die Gewerbezeit, daß ein Beamter, der ehlichkeithlich Steuerungszulagen daselbst Gehalt bezieht, auf den ersten Termin 140 Mk. Steuern bezahlt, während uns als Arbeitern 240 Mk. aufgebracht werden. Das kommt durch die Versteuerung der Steuerungszulagen. Demokratie!

Schnelle Abhilfe tut auch hier not. Nicht geädert, denn das paßt keinesfalls für einen Freistaat.

Ich appelliere daher an alle Gewerkschaftsleiter, daß sie hiergegen baldigst Front machen, aber nicht erst, wenn die Arbeiter sich selbst dagegen aufbäumen, denn solche Experimente erleben zum Bolschewismus. Die Organisation genießt mehr Ansehen und der Zutpruch wird größer, wenn sie sich auch in dieser Frage regt. Die Arbeiter haben lange genug als Karamel gehalten müssen. Leipzig, 11. Walter.

Anmerkung der Redaktion: Die armen Gewerkschaftsleiter sollen deutliche Worte für alles herhalten. Die Ungerechtigkeiten, die hinsichtlich der Versteuerung der Steuerungszulagen einerseits und der Steuerfreiheit der Beamten andererseits in den meisten Gleichstaaten und Gemeinden besteht, ist darauf zurückzuführen, daß die



kauflichen und städtischen Parlamente sie herbeigeführt haben oder sie noch nicht zu beseitigen vermöchten; selbst dort nicht, wo die Arbeitervertreter in der Mehrheit sind. Der Verfasser wendet sich also an eine solche Adresse, wenn er für diesen offensichtlichen Mißstand die Gewerkschaftsführer verantwortlich machen will; das Gebiet der öffentlichen Steuern gehört doch unweifelhaft nicht zu den gewerkschaftlichen Aufgaben. Gleichwohl hat unter Verbandspräsidenten Vorstellungen in dieser Sache beim Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhoben, der unfreiwillig schon an die Regierung zwecks Abhilfe herangetreten ist. Da heutzutage jeder vorwärtschreitende Gewerkschaftler auch einer politischen Partei angehören wird, so muß dort der Hebel kräftiger angelegt werden, nicht aber sollten wieder die Gewerkschaften den Schläge empfangenden Saft abgeben.

□ □ □ □ **Korrespondenzen** □ □ □ □

**Köln.** (Vierteljahrsbericht.) In unrer Verammlung am 2. August übermittelte Vorsitzender Mojs den Kollegen Keller und Frommholz die Glückwünsche der Mitgliedschaft zur Feier ihres 25jährigen Verbandsjubiläums. Den Jubilaren wurde ein Diplom als Erinnerungsgabe überreicht. Weiterhin gedachte der Vorsitzende beglückwünschend der 50jährigen Berufsjubiläen der Kollegen Rohkamp und Laadi. Dank und Anerkennung wurde dem Verwalter des Kölner Ortsvereins, Kollegen Müller, ausgesprochen, der nunmehr 25 Jahre lang in musterhafter Ordnung und nachahmenswerter Pflichttreue das Amt des Kassierers verwaltet. Befällig nahm die Verammlung die Mitteilung entgegen, daß sich aus Vertretern der Sparten und der Topographischen Vereinigung eine Kommission gebildet habe, die die einheitliche Gestaltung der Fortbildungsbeförderungen in unserm Gewerbe vorbereiten soll. Auf Antrag des Vorstandes beschloß die Verammlung, den aus der Kriegesgefangenschaft zurückkehrenden Kollegen aus der Ortsliste 20 Mk. zu überweisen. Das Mitglied der Preussischen Nationalversammlung, Herr Heinrich Schäfer, sprach über: „Einbau der Arbeiterkräfte in unser Wirtschaftsleben.“ — In öffentlicher Verammlung der karlsruher Genossen berichtete am 31. August Kollege Albrecht über die Tagung des Tarifauschusses. — Mit der Ehrung von Verbandsjubilaren konnte auch unrer Verammlung am 12. Oktober eröffnet werden. Den Kollegen Reinhard Pfabigan und Emil Albrecht galt die Feier. Kollege Mojs gedachte der Verdienste der Jubilare für unre Organisation. Kollege Pfabigan in bescheidenster Zurückhaltung darf als Muster wahrer Kollegialität angesehen werden, während sich Kollege Albrecht als eifriger Verbandsfunktionär: Bezirksvorsitzender (in Barmen, Bochum, Dortmund) sowie als Gauvorsitzender und Geschäftsvertreter der Dankbarkeit der Mitglieder des Gaues Rheinland-Westfalen verdient halten darf. Aus allen Bezirken unfres Gaues waren Glückwünschelegramme und Glückwunschkarten eingelaufen. Die Bezirke Müllersdorf, Krefeld und Duisburg ließen durch Vertreter ihres Vorstandes den Jubilaren die Wünsche übermitteln. Außerdem hatten die einzelnen Sparten, die Topographische Vereinigung und die Kollegen einzelner Firmen besondere Wünsche und Geschenke überbracht, so daß sich die Ehrung des Jubilars zu einer herrlichen Aundgebung der Liebe und des Vertrauens zu dem bewährten Führer gestaltete. Eine rege Aussprache setzte bei dem Tagesordnungspunkte „Tarifliches“ ein. Gleich zu Beginn der Verammlung wurden dem Vorstande vier Anträge überreicht, die Verhandlungen zwecks Erzielung einer einmaligen Tarifabschließung ufw. veranlassen. Krasse Fälle der Not wurden vorgebracht. Es wurde eine Kommission gewählt, die unter Hinzuziehung von Vertretern des Vorstandes und der beiden Geschäftsvertreter mit den Prinzipalen verhandeln soll.

**Leipzig.** (Schriftsteller.) In der äußerst stark besuchten Verammlung am 2. Oktober wurde in ausführlicher Weise über den Stand der Tarifbewegung berichtet. Aus dem Rundschreiben der Zentralkommission war zu erfahren, daß der Tarifentwurf den Prinzipalen rechtsgültig übermittle worden ist, und daß man demnach mit Verhandlungen zu rechnen habe. In der Aussprache wurden die bisherigen Maßnahmen der Zentralkommission aufgegeben. Gleichzeitig kam zum Ausdruck, daß die Leipziger Kollegenschaft gewillt ist, in allen tariflichen Fragen mit der gesamten deutschen Kollegenschaft zu gehen. Eine einstimmig angenommene Entschließung besagt, daß der jetzige Tarif als nicht mehr bestehend angesehen wird, jedoch soll im Interesse des gewerblichen Friedens bis auf Widerruf in den jetzigen Bedingungen weitergearbeitet werden. Diese Entschließung wurde den Prinzipalen übermittle. Als Vertreter zu den eventuellen Verhandlungen wurden zwei Kollegen gewählt. Zum Schluß fand noch eine kurze Aussprache über die Abfertigungsfrage und einige andre berufliche Angelegenheiten statt.

**Leipzig.** (Sterotypen- und Galvanoplastiker.) Am 25. September hielt unrer Verein seine 22. Generalversammlung ab. Aus dem Jahresberichte ging hervor, daß der Wiederaufbau des Vereinslebens gute Fortschritte gemacht hat. An Arbeit ist es wahrlich nicht geblieben. Ein Punkt des Jahresberichts verdient im Interesse aller Spartenkollegen besonders hervorzuheben zu werden, er betrifft die Entlohnung der Galvanoplastiker der Firma Scheller & Gledite. Diese Firma war beim Schlichtungsausschusse verlaggt worden auf Zahlung eines und gewerblicher Löhne, auf Verleihenwilligung und Nachzahlung der Lohnunterschiede. Kurz vor dem Verhandlungstage begann sich die Firma und stellte eine höhere

Bezahlung in Aussicht, wodurch sich die Löhne über das tarifliche Minimum erhöhen. Sie ging also einem Urteil in diesem Punkt aus dem Wege. Der Schlichtungsausschuss sprach in seinem Schlußprotokoll vom 5. September den Kollegen aber auch die tariflichen Ferien und eine Nachzahlung der Differenz zwischen bisherigem und dem jetzt erhöhten Lohne, rückwirkend bis zum 15. Juli d. J., zu. Die Firma unterwarf sich dem Schlußprotokoll und hat auch nach kurzem Sträuben die neue Oktoberzulage bezahlt. Wir konstatierten also mit Genugtuung die Tatsache, daß nach Jahren endlich wieder tarifliche Zustände bei der Firma Scheller & Gledite herrschen. Wir hoffen, daß es uns auch noch gelingen wird, den Firmeninhaber dahin zu bringen, daß er den Tarif schriftlich anerkennt. Der Kassenbericht balanciert mit 1022,01 Mk. Einnahme und einer Ausgabe von 1494,82 Mk. bei einem Kassenbestande von 2170,60 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Vorstande für die geleigte Rechnung Entlassung erteilt, und durch Stimmzettelwahl wurde er neu befristet, bis auf zwei Stellvertreter, die neu hinzugewählt wurden. Den Bericht der Technischen Kommission gab Kollege Möblius. Der Bericht erstreckte sich über sieben Stellungen und erläuterte die Veranlassungen des Winterhalbjahrs, bestehend aus sieben Vorträgen, einem Kursus und einigen Besichtigungen. Die Wiederwahl der Technischen Kommission erfolgte einstimmig. Unter „Verstärkendem“ wurden die wichtigsten Bestimmungen der Verordnungen vom 3. September 1919 über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern ufw. erläutert und einige interne Punkte erörtert. Mit Bedauern nahm die Verammlung davon Kenntnis, daß einige Kollegen sich bei Bewerbungen um Faktoren- oder Meisterstellen für 35 Mk. Grundlohn angeboten haben und dadurch zum Lohnrückfall für die Mitarbeiter geworden sind. Schließlich haben aber auch die Prinzipale schon eingesehen, daß es mit den technischen Kenntnissen eines solchen billigen Faktors nicht weit sein kann. Wir hoffen, daß auch im neuen Jahre das Vereinsleben ein reges sein möge.

**Messe.** Hier wurde vor einiger Zeit eine Topographische Vereinigung gegründet, die in wöchentlichen Zusammenkünften ihre Mitglieder fortzubilden beabsichtigt ist und bereits 30 Mitglieder umfaßt. — Am 14. September fand hier selbst eine Bezirksversammlung statt, in deren Verlauf unser Gauvorsitzer Pfingsten ein befristet aufgenommenes Referat über „Die Situation im Buchdruckergewerbe“ hielt. Die uns neuerdings zugebilligte Teuerungszulage wurde in Anbetracht der fortwährenden Preissteigerungen fast sämtlicher Bedarfsartikel für unzureichend erklärt, andererseits aber die Schwierigkeiten unserer Vertreter gegenüber den schon einen beträchtlichen Lohnabnahme verzeichnenden Prinzipalvertretern voll anerkannt. Die Besichtigung und Besprechung der vom Austausch eingegangenen Jahrbuchdruckdrucksachen brachte viel Interessantes und gab manch nützliche Anregung. — Die vom Gewerkschaftssekretär Schwilke leider vorläufig an der finanziellen Frage.

**Müßlingen.** Der 25. September verammelte wieder die Mitglieder unfres Ortsvereins, um das angekündigte Referat unfres Gauvorsitzers Kemmerich, der zum erstenmal in unrer Mitte weilt, zu hören. Dem äußerst wichtigen Thema: „Die gegenwärtige Lage und die Beschlüsse der letzten Tarifauschließung“, in wirklich sachlicher und fast alle einschlägigen Gebiete berührender Ausführung vom Redner vorgelesen, wurde aufmerksamstes Interesse entgegengebracht. Man konnte hören, daß es hartnäckigen Kampfes und zäher Arbeit von seiten der Geschäftsvertreter bedürfte, um den Prinzipalen auch nur einigermaßen günstige Arbeitsbedingungen und Lohnverbesserungen abzugewinnen. Doch ganz beirrtigt kann man von dem nun festgelegten neuen Tarife nicht sein, bringt er doch den Kleinrenten, wie z. B. auch Müßlingen, insofern ihrer den jetzigen Teuerungserhöhten nicht mehr angepaßten Lohnaufschlägen keine nennenswerte Lohnverbesserung. Und es kann doch unter den Preisen für Lebensmittel, Bekleidung, Miete ufw. bei vielen Kleinrenten gegenüber einer Großstadt kaum mehr ein Unterchied gefunden werden. Hier geben uns der Forderung hin, daß bei einer Lohnaufschlagsgrenze von den mit größter Teuerung aller Wirtschaftszweige ein gerechter Ausgleich nicht mehr vorenthalten wird.

**h. Matting.** Am 5. Oktober fand in dem zentralgelegenen Matting eine Bezirksversammlung statt, die aus den Druclorien Straubing (15), Deggendorf (15), Passau (1), Matting (3), Landau a. T. (8), Dingolfing (2), Waldenbach (1) besetzt war. Die Kollegen des Baperischen Landes gänzten selber wieder durch Abwesenheit. Kollege Niederlechner (Matting) begrüßte die erschienenen Kollegen und gedachte der gefallenen Kollegen, deren Gedenken man durch Erheben von den Sigen ehrte. Durch Zuruf wurden Kollege Strauber (Straubing) als Vorsitzender und Kollege Salenkopf (Deggendorf) als Schriftführer für die Verammlung bestimmt. Hierauf erstattete unser Gauvorsitzer Kemmerich (München) ein Referat über: „Die gegenwärtige Lage und die Beschlüsse der letzten Tarifauschließung“. In eingehenden Ausführungen gab uns der Referent ein Bild über die gegenwärtige Lage und über den Gang der Verhandlungen bei der letzten Tarifauschließung sowie über das erzielte Resultat, besonders auf die Schwierigkeiten bei den diesmaligen Beratungen hinweisend. Die Verammlung erkannte die Arbeit der Geschäftsvertreter an. Wenn man auch mit der neuen Teuerungszulage in der Provinz nicht ganz einverstanden sein könne, so gab man doch zu, daß unter den obwaltenden Umständen nicht mehr zu erreichen war. In der anschließenden Aussprache über die tariflichen Verhältnisse kam zum Ausdruck, daß die neue Teuerungszulage in den meisten Orten des Bezirks schon ausbezahlt

wurde. Einen weiteren Tagesordnungspunkt bildete ein Antrag der Mattinger Straubing auf Gründung eines Bezirksvereins Straubing. Diesem Antrage wurde von der Verammlung zugestimmt. Als Vorort wurde Straubing und als Bezirksvorsitzender Kollege Strauber (Straubing) gewählt. Nach fast vierstündiger Dauer erreichte die so anregend verlaufene Verammlung ihr Ende.

□ □ □ □ **Rundschau** □ □ □ □

**Nachahmensewerte Belpfle.** Die Buchdrucker „Münchberg-Heimbretcher Zeitung“ von Nikolaus Günther in Münchberg (Bavarn) gewährte den verheirateten Gehilfen eine Beschlüßungsbeihilfe von 100 Mk. und für jedes Kind 40 Mk., so daß an die einzelnen Kollegen Beträge bis zu 300 Mk. zur Auszahlung kamen. — In Wiesbaden zahlte die R. Schellenbergische Hofbuchdrucker den Gehilfen eine einmalige Entschädigungssumme in Höhe eines Wochenlohnes (einschließlich Teuerungszulage).

**Buchdrucker in öffentlichen Diensten.** In Weiblich a. Rh. wurden die Kollegen Otto Fago und Karl Kettler als Stadtorde gewählt.

**Strasporto** Ab 1. Oktober d. J. gilt ein neuer Posttarif. Danach kosten Briefe im Fernverkehr bis 20 g 20 Pf., bis 250 g 30 Pf. Postkarten müssen im Fernverkehr mit 15 Pf. frankiert werden, für den Ortsverkehr kosten Briefe bis zu 20 g 15 Pf., über 20 bis 250 g 20 Pf., für Postkarten beträgt das Ortsporto 10 Pf. Diese Erhöhung des Posttarifs wird leider nicht von allen Schriftführern oder Einleitern von schriftlichen Mitteilungen an die Redaktion, wie jedenfalls auch an die Organisationsvorstände oder Geschäftsvertreter, genügend berücksichtigt. Tag für Tag geben bei uns Postsendungen ein, die mit Strasporto belastet sind, deren Annahme in der Regel von uns verweigert werden muß. Dadurch entstehen den Absendern noch besondere Unkosten und im allgemeinen großer Geldverlust, die ganz gut vermieden werden können, wenn diese „zeitgemäßen“ Neuerungen im Postverkehr mehr Beachtung finden würden.

**Gegen Anhebung der Preiskreist.** Der Verein Berliner Presse hat in den letzten Tagen folgende Entschließung angenommen: „Die Preiskreist ist in den letzten Tagen und Wochen wiederholt durch Verbote Berliner Zeitungen verletzt worden. Der Verein Berliner Presse legt gegen diese Vergewaltigung der freien Meinungsäußerung die schärfste Verwahrung ein und erklärt, daß, solange auf dieses Kampfmittel nicht verzichtet werde, von einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Presse nicht die Rede sein kann.“

**Gewerbliche Verfassung der Konsuminteressen.** Neuerdings werden Konsumvereine in großer Zahl gegründet. Die Verbraucher suchen in schillmerer Wirtschaftnot Schutz bei den Konsumgenossenschaften. Aber das genaue Gegenteil des Erhofften tritt ein, wenn die Gründung von Konsumvereinen ins Blaue hinein vor sich geht. Der gute Wille allein hilft hier nicht; Erfahrung ist hier die Hauptsache. Keine dieser Neugründungen wird von den immer sehr schmerzhaften Kinderkrankheiten verschont bleiben, wenn genossenschaftliche Erfahrung nicht die ersten Schritte leitet. Nieher keine Verbraucherorganisation als eine solche, die wild und planlos ins Wirtschaftsleben hineingeworfen, von vornherein zur Unfruchtbarkeit und zu qualvollem Stiefstum verurteilt ist. Darum, Verbraucher in Stadt und Land, laßt euch bei euren Konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen von der Stelle mit Rat und Tat unterstützen, die über langjährige Erfahrung verfügt. Sie gibt Rat und Tat gern und schlicht euch vor Schaden. Sit euch die Adresse des zuständigen Verbandssekretärs nicht bekannt, so fragt beim nächsten Konsumvereine nach der Adresse. Bei Neugründungen von Konsumvereinen werden in jedem Falle gewerkschaftlich organisierte Teilnehmer vorhanden sein. Diese Gewerkschaftsmittglieder sollten zu allererst wissen, was bei Neugründungen von Organisationen alles verlamt werden kann, wie unheilvoll Fehler, im Anfange gemacht, noch lange Jahre schädlich wirken. Fehler im Anfange verurteilen gar zu oft reinen Idealismus und besten Willen zur Unfruchtbarkeit. Das bedeutsame Werk stehe an der Krankheitsdiele, die es sich beim Anfange zuzog. Diese Anfangsfehler sind leicht zu vermeiden, wenn die Erfahrung zu Rate gezogen wird. Eine Anfrage an die Gewerkschaftsleitung verfährt die Adresse des zuständigen Konsumgenossenschaftssekretärs. Mit dessen Hilfe kommt ein lebensfähiges Genossenschaftsgebilde zustande.

**Auswanderungsfragen.** Der „Gewerkschaftliche Nachrichtenendienst“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gibt als Nachrichten für Ein- und Auswanderer folgendes bekannt: Gewissenlose Agenten verlocken Binnenländer zur Ausreise nach Südamerika, besonders Paraguan, unter dem Vorgeben, von Sambura sel Gelegenheit auf schwedischen Dampfern ausreisen zu können. Das ist Schwindel, durch den zahlreiche Münchner Familien vollkommen ruiniert worden sind. — Eine Firma N. van der Burg in Amsterdam (womöglich hat sie auch noch andre Domizile) willt Auswanderer für Japan. Auch dahinter steckt der offenbarke Schwindel. Japan eignet sich unter keinen Umständen für deutsche Auswanderer, da sie den Wettbewerb mit dem „zufriedenen“ Japaner nie und nimmer aufnehmen können. — In Inzeraten wird eine Schrift angeboten: „Darstellung aller Auswanderungsmöglichkeiten für Süd-, Zentral- und Nordamerika, Asien und Afrika.“ Sie kostet 4,50 Mk., ist jedoch absolut wertlos. — In Innsbruck hat sich eine Gesellschaft aufgefand, die Durchreisereiselaufnisse für Italien verkauft und

